

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Droht eine neue Nationalgeschichte?

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1991) : Droht eine neue Nationalgeschichte?, In: Konrad H. Jarausch (Ed.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität: Bilanz der Geschichtswissenschaft in der DDR, ISBN 3-05-001892-5, Akademie Verlag, Berlin, pp. 185-195

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112289>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Droht eine neue Nationalgeschichte?

Darf ich das mir vom Veranstalter vorgegebene Thema etwas erweitern und nach den Konsequenzen fragen, die die Erfahrungen von 1989/90, also der unerwartete Zusammenbruch der DDR und die unerwartete Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats, für die Methode und Theorie der neueren Geschichte, speziell der neueren Sozial- und Gesellschaftsgeschichte, haben könnten oder haben sollten. Denn wenn man, wie wohl die meisten hier, davon überzeugt ist, daß die Geschichtswissenschaft in ihren Fragestellungen und Zugriffen nicht ganz unabhängig ist von den Erfahrungen ihrer Zeit, dann ist doch zu erwarten, daß die tiefen Umbrüche der letzten anderthalb Jahre noch nicht ganz absehbare Veränderungen in der Art, in der die Historiker ihre Geschäfte betreiben, hervorbringen werden. Dazu trage ich einige ganz vorläufige Bemerkungen vor, im wesentlichen zu drei Fragen: Erstens sollten die dramatischen Überraschungen der letzten anderthalb Jahre dazu veranlassen, das Verhältnis von Struktur und Ereignis, von historischer Analyse und Erzählung neu zu bedenken. Zweitens sollte man angesichts der machtvollen politischen Veränderungen der letzten Zeit das Verhältnis von Sozial- und Politikgeschichte neu befragen. Drittens, und das etwas ausführlicher: Steht in der Erforschung und Darstellung der Geschichte eine Neuakzentuierung nationaler Gesichtspunkte bevor, und wenn ja, in welchem Sinn? Noch einmal: All dies diskutiere ich nur ganz vorläufig und erspare mir die an sich notwendigen systematischen Entfaltungen, auch die an sich notwendigen begrifflichen Definitionen.

empfang? Sicher nicht. War dem Kanzler Schmidt die innere Brüchigkeit der Sowjetunion bewußt, als er den Nachrüstungsbeschluß verteidigte und darüber die Unterstützung seiner Partei riskierte? Kaum. Und hat sich nicht Günter Gaus ganz kräftig geirrt, als er über die Stabilität jener Nischengesellschaft schrieb, die er aus persönlichen Erfahrungen so gut zu kennen glaubte? Weiterhin: Ob man die wirkliche Bedeutung der dramatischen Augenblicke, wie den Fall der Mauer, nicht erst sehr viel später erkennen kann? Auch überdurchschnittlich informierte Zeitgenossen kennen eben ihre Zeit nur partiell. Sie übersehen nur einen Teil der sich verändernden Wirkungszusammenhänge, erleben, was geschieht, nur selektiv und manchmal verzerrt. Gerade deshalb weiß der zurechnend rückblickende Historiker oft mehr als der mitlebende und lebhaft erzählende Zeitgenosse. Gerade deshalb aber kann man Geschichte nicht zur Gänze erzählen. Aus der Unvoraussagbarkeit der Geschichte folgt nicht ihre Unerklärbarkeit ex post, vielmehr die Unmöglichkeit, sie erschöpfend zu erzählen. Was 1989/90 geschah, bietet mithin nur wenig Anlaß, das Verhältnis von Ereignis und Struktur, von Erzählung und Analyse neu zu bestimmen. In den ihnen immer gezogenen Grenzen gelten die Ansprüche der Struktur- und Prozeßgeschichte heute nicht weniger als vor den Umbrüchen der jüngsten Zeit.

II

Man hat letzts gemeint, daß die Macht der politischen Kräfte und der Druck der politischen Veränderungen, insbesondere die elementare Wucht der nationalen Bewegungen und die Geschichtsmächtigkeit einzelner Personen Grundannahmen des sozialgeschichtlichen Paradigmas in Frage gestellt hätten. Das ist nicht der Fall. Natürlich, einiges ist einzuräumen: Aus den Spannungen sozialer Klassen und Schichten ist das, was geschehen ist, wohl nicht zu erklären. Oder verteidigt noch jemand die Denkfigur des internationalen Klassenkampfes, um damit die Neuordnung der internationalen Szene, die Revolution im östlichen Europa und die Vereinigung Deutschlands zu interpretieren? Wohl kaum. Auch ist Politik immer viel mehr als ein Reflex sozialer und ökonomischer Prozesse. Sie hat Eigengewicht, sie wirkt sich oft als eigenständiger Faktor aus, sie ist nicht nur sozialökonomisch bedingt, vielmehr auch bedingend und überdies kulturell normativ geleitet. Nicht

Auch die Sogkraft des Nationalen, die in Deutschland seit dem November 89 wirksam wurde, läßt sich im Kern sozialgeschichtlich interpretieren. Auch das kann ich jetzt nur andeuten. Seit dem 9. November schnell anschwellend, kam die auf nationale Wiedervereinigung drängende Dynamik ganz primär aus der Bevölkerung der DDR. Natürlich leistete die bundesrepublikanische Politik hier in vielfacher Hinsicht ihren Beitrag — Brandt früher als Kohl —, aber sie steuerte den Prozeß keineswegs, rannte vielmehr hinter ihm her. Während die erste Phase der Revolution bis zum 9. November ganz ohne nationale Parolen ausgekommen war, traten diese nun rasch in den Vordergrund. Dies ist ja bekannt, ich möchte lediglich im Telegrammstil folgendes hinzufügen: Der Slogan „Wir sind ein Volk“ war nicht nur eine nationale Parole, sondern auch gleichzeitig ein soziales Programm. Denn indem man sich als Mitglieder *einer* Nation, der deutschen Nation definierte, konnte man am ehesten hoffen und als Recht fordern, das ausgeprägte Gefälle an Lebensqualität, und nicht nur an ökonomischer Lebensqualität, schnell zu reduzieren — ein Gefälle, das die Ostdeutschen von den besser gestellten Westdeutschen unterschied. Im nationalen Interpretationsrahmen war es möglich, offensichtliche Ungleichheit als ungerechte Benachteiligung zu definieren. Mit Verweis auf die nationale Zusammengehörigkeit forderte man ihren Abbau. Im Kern der nationalen Emphase steckte — unter anderem — das soziale Programm. Nur so erklärt sich meines Erachtens ihre Dynamik, ihre Wucht. Daß sich die Westdeutschen gegen dieses Ansinnen nicht deutlicher sperren, läßt sich allerdings nicht auf diese Weise erklären, sondern verweist auf andere Grundlagen fortdauernder nationaler Zusammengehörigkeit. Darauf komme ich noch zurück.

III

Damit bin ich bei der Frage nach der Nationalgeschichte. Die Titelfrage, ob denn eine neue deutsche Nationalgeschichte drohe, ist ungenau formuliert. Lassen Sie mich vier Bedeutungsebenen dieser Frage unterscheiden: a) Ist zu erwarten, daß die nationale Politik, also eine nationalstaatlich definierte Politikgeschichte, wieder verstärkt zum zentralen Gegenstand der Geschichtswissenschaft wird? Daß dazu wenig Anlaß besteht, habe ich soeben zu sagen versucht. — b) Wird der Nationalstaat wieder stärker zur selbstverständlichen Analyseeinheit der Historiker werden? —

Erinnerung eintritt, wird sich dagegen wehren, die deutsche Geschichte allzu flink in eine allgemeine europäische Geschichte einzuschmelzen, etwa den von Deutschland begonnenen Weltkrieg in den letzten Akt eines europäischen Bürgerkriegs umzudefinieren, oder den deutschen Faschismus zu einem Ausdruck der allgemeinen Krise der Moderne zu „verdampfen“. Die Entnationalisierung des eigenen Geschichtsbildes kann ja auch eine Art von Entlastung bedeuten.

Werden nun die Umbrüche der letzten anderthalb Jahre und die bevorstehende Integration der beiden deutschen Geschichtswissenschaften diese ohnehin vorhandene Neigung zur historischen Argumentation im nationalgeschichtlichen Rahmen verstärken? Einerseits ist ja mit der sowjetischen Hegemonie über Ostmitteleuropa ein zwar zwanghaftes, aber übernationales Ordnungssystem zusammengebrochen, eine Renaissance des Nationalstaatsprinzips ist bekanntlich die Folge, mit regional unterschiedlichen, noch nicht zu übersehenden Auswirkungen. Der nationalgeschichtliche Rahmen wird nach der Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats ein ganzes Stück selbstverständlicher. Das Wort „Deutschland“ geht einem wieder leichter über die Lippen, die nationalen Symbole verlieren ein Stück ihrer gebrochenen Ambivalenz, die neuere deutsche Geschichte hat einen neuen Fluchtpunkt, auf den hin sie geschrieben werden kann: entweder kritisch oder affirmativ, entweder in Trauer über den Verlust der postnationalen Entwicklungschancen, die man zu sehen glaubte, oder mit innerlicher Zustimmung zum endlich erreichten Anschluß an die europäische Normalität.

Andererseits machte die jüngste Entwicklung die übernationalen Zusammenhänge sehr klar. Die Revolution in der DDR war ein Teil der Revolutionen in Ostmitteleuropa, wenn Sie auch ihre Spezifika hatte. Die Politik der Vereinigung wurde von den Akteuren in Bonn und Berlin sehr betont in die Perspektive der Vereinigung Europas gestellt. Und gerade Intellektuelle aus der DDR, Heiner Müller diene als Beispiel, setzen vehement auf Europa, auch wohl um dem zu entgehen, was sie als westdeutsche Überwältigung wahrnehmen und fürchten.

Und was bringt die DDR-Geschichtsschreibung auf diesem Gebiet mit? Mit ihrer internationalen Einbettung war es jedenfalls nicht weiter her als mit der unsrigen. Die Idee von der sozialistischen Nation wurde auch historiographisch nie recht ernst genommen. Die Tradition- und Erbe-Diskussion in der DDR hat letztlich

ten Kritik geübt wurde an den besonderen Verwerfungen, den Verspätungen, den speziellen Defiziten Deutschlands im Vergleich, diese linksliberalen oder sozialdemokratischen Positionen sind in der DDR nicht gerade sehr stark. Ernst Engelberg, der eingeladen war, konnte nicht kommen, ich möchte dennoch seine Bismarck-Biographie kurz als Beispiel für das nehmen, was ich meine.

Natürlich kritisiert Engelberg seinen Bismarck, vor allem dort, wo er die Sozialisten unterdrückt. Aber im ganzen findet man auch im zweiten Band der Biographie viel weniger Kritik an dem Reichsgründer als etwa bei Hans Rosenberg, Hans-Ulrich Wehler, Fritz Stern oder Lothar Gall. Warum ist das so? Im Unterschied zu jenen Autoren ärgert sich Engelberg nur wenig über den Illiberalismus Bismarcks. Er kritisiert die Blockierung der Parlamentarisierung, die Schwächung des Liberalismus oder die Beschädigung der politischen Kultur in Deutschland durch Bismarck nur wenig. Von seinen eigenen Prämissen her steht Engelberg ja auch eher in Distanz zum Liberalismus, anders als die vorher genannten Autoren. Bei aller Kritik an späteren Verirrungen der deutschen Geschichte, die Bismarck-Zeit gerät Engelberg bemerkenswert strahlend. Den Vorwurf des nationalen „Nestbeschmutzens“ kann ihm wirklich niemand entgegenschleudern. Wie typisch ist Engelberg?

Auch abgesehen von den spezifischen Einflüssen aus der bisherigen DDR könnte das geschichtswissenschaftliche Klima nationaler werden. Nicht daß sich ein erneuter wilder Nationalismus am Horizont irgendwo abzeichnete. Aber folgt nicht aus den jüngsten Ereignissen fast mit Notwendigkeit ein gewisser Zuwachs an nationaler Selbstzufriedenheit, der sich früher oder später in den Fragen und Antworten der Historiker niederschlagen dürfte? Schon jetzt kann man ein Experiment machen. Man lese die Texte des Historikerstreits von 1986/87, um zu merken, wie weit man schon jetzt von jenen Jahren schneidender kollektiver Selbstkritik und Unsicherheit entfernt ist.

Es ist unklar, wie weit das alles geht und was es bedeutet. Entscheidend wird sein, ob es in der politischen Kultur des neuen Deutschland gelingt, die Erinnerung an die deutsche Katastrophe präsent zu halten. Ich habe die aus der schlimmen Erinnerung folgende Nüchternheit und Skepsis, das damit verknüpfte Engagement für Demokratie und die damit verbundene Absetzung von eigenen Traditionen immer zu den wertvollsten und tragenden Momenten der politischen Kultur in der Bundesrepublik gerechnet. Ich hoffe, das läßt sich unter den neuen, erweiterten Bedingungen

Nation zentral sein. Um Konrad Jarauschs Punkt aufzunehmen: Warum kam es nicht schneller zu einer im Prinzip ja zu erwartenden Nations-„Entbildung“ wie im Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich? Wie mischten sich nationale mit anderen Identitäten, wie verknüpfte sich das mit Lebensläufen etc.? Dies ist ein weites, sich jetzt neu öffnendes Forschungsfeld mit vielen Bereichen, die ich jetzt nicht abschreiten kann. Es wäre gut, wenn so etwas wie ein Zentrum für zeithistorische Studien gebildet werden könnte, das sich auch dieses Forschungsgebiets, wie der Geschichte von SBZ und DDR überhaupt, in Zusammenarbeit von ostdeutschen und westdeutschen Forschern und in Verbindung mit den Universitäten annähme.